

PRESSEAUSSENDUNG

SPERRFRIST BIS 27.11.2008, 11:30 Uhr

Aktualisierte Prognose des wiiw für Mittel-, Ost- und Südosteuropa:

Markante Wachstumsverlangsamung 2008-2010 – jedoch keine Rezession

Die Verschlechterung der globalen Rahmenbedingungen hinterlässt deutliche Spuren in der gesamten Region Mittel-, Ost- und Südosteuropas: es wird zu einer markanten Wachstumsverlangsamung kommen, jedoch nicht zu einer Rezession wie in der Eurozone oder den USA. Das Wachstum in den neuen EU-Mitgliedstaaten wird im Durchschnitt von 6,3% im Jahr 2007 auf 5,0% im Jahr 2008 und 2,7% im Jahr 2009 zurückgehen. Für 2010 ist in einem optimistischen Szenario mit einer leichten Erholung auf 3,5% zu rechnen. In Südosteuropa ist 2009 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3% zu rechnen. Der deutliche Wachstumsrückgang ist die Folge einer stark gesunkenen Nachfrage nach Exporten aus der Region, der Abschwächung oder sogar eines Rückgangs der Investitionen und der Übertragung der internationalen Finanzkrise, wodurch die Aufnahme von Krediten dramatisch erschwert wird. Die Arbeitslosigkeit wird 2009 in den meisten Ländern der Region vorübergehend steigen. Dies zeigt die neueste Prognose des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (wiiw).

Deutliche schlechtere internationale Rahmenbedingungen und große Unsicherheiten

Die globalen Rahmenbedingungen haben sich gegenüber der letzten Prognose des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche im Juli 2008 drastisch verschlechtert. Für die Eurozone, die USA und Japan rechnen nun alle internationalen Prognosen im kommenden Jahr mit einer Rezession, also einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung über mehr als zwei Quartale. OECD, IWF und die Europäische Kommission erwarten für 2009 einen BIP-Rückgang von bis zu -1% für die USA, die Eurozone und auch für Japan. Diese Prognosen sind zudem mit großen Unsicherheiten belastet, eine Erholung wird frühestens Ende 2009 erwartet. Viel wird von der Wirksamkeit der nun in Europa und den USA anlaufenden bzw. diskutierten Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur und des Bankensystems abhängen.

Sinkende Exporte, Abschwächung des privaten Verbrauchs und der Investitionen

Der Wachstumsrückgang in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas ist zu einem guten Teil „importiert“, also bestimmt durch eine Übertragung der internationalen Finanzkrise, eine sinkende Nachfrage nach Exportgütern aus der Region und den einhergehenden Rückgang der Investitionen und des Konsums. Besonders deutlich zeigt sich die Exportproblematik in der Auto- und Autozulieferindustrie oder im Metallsektor; in letzterem kam es auch zu einem starken Preisverfall. Länder mit hohem Anteil an Autoexporten, wie Slowakei, Polen, Ungarn und Slowenien, oder Stahl, wie Ukraine und Rumänien, sind oder werden in unterschiedlichem Ausmaß davon betroffen sein.

Hausgemachte Instabilität erhöht die Ansteckungsgefahr

In vielen der Länder treffen die externen negativen Entwicklungen auf eine hausgemachte Komponente: hohe Wachstumsraten in den vergangenen Jahren gingen einher mit hohen Leistungsbilanzdefiziten, welche durch ausländische Kapitalströme finanziert werden müssen. Trocknen diese Kapitalströme aus oder drehen sie sich sogar um (was bei Portfolioinvestitionen in vielen Fällen der Fall ist), ist dieses Wachstumsmodell nicht aufrecht zu erhalten. Der Kollaps der Wachstumsraten in den baltischen Ländern ist das markanteste Beispiel hierfür. Ein hoher Anteil an kurzfristigen Auslandskrediten macht einigen Ländern zusätzlich zu schaffen, insbesondere Bulgarien, Rumänien, Lettland oder Kroatien. Die Länder mit fixen Wechselkursen kommen unter den jetzigen Bedingungen besonders unter Druck: käme es zu Abwertungen in diesen Ländern, so würde der hohe Stand an Auslandskrediten des privaten Sektors zu Zahlungsschwierigkeiten führen („currency mismatch“); die Erwartung, dass dies eintreten könnte, kann selbst wieder Kapitalflucht auslösen und damit einen Abgang von fixen Wechselkursregimen nach sich ziehen. Andere Auslöser besonders schwieriger Situationen sind hohe Staatsschulden, wie in Ungarn, oder abrupte Verschlechterungen in den terms-of-trade, wovon auch Länder in Südosteuropa betroffen sind.

Schwer abschätzen lässt sich in diesem Zusammenhang die Reaktion bei internationalen Direktinvestitionen. Diese spielten in dem starken Wachstumsprozess durch den Aufbau von tragfähigen Exportindustrien eine wichtige Rolle. Hier erwarten wir ebenfalls eine Wachstumsdelle, was besonders für die Nachzügler in Südosteuropa zu einer Verzögerung ihrer Entwicklung führen wird.

Unsicherheit der Prognosen

Prognosen sind in den jetzigen Umständen mit großer Unsicherheit behaftet, insbesondere was die Länge der Bankenkrise und den Einfluss der stark verschlechterten Kreditbedingungen auf reale Investitions- und Konsumausgaben anlangt. Die Entwicklungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sind zudem stark vom Konjunkturverlauf in Westeuropa abhängig, wo der weitere Verlauf der Bankenkrise und der Erfolg der angehenden Konjunkturprogramme selbst noch unbestimmt sind. wiiw-Ökonomen rechnen damit, dass die jetzige Krise auch mittelfristig (die nächsten 4-5 Jahre) wirken wird und ein Wachstumsmodell, das auf billige, leicht zugängliche und (teilweise) auf Spekulation ausgerichtete externe Finanzierung angelegt ist, ausgedient hat.

wiiw, 27. November 2008

Rückfragehinweis:

Dipl.-Ing. Peter Havlik, Tel. 533 66 10 – 15, E-Mail: havlik@wiiw.ac.at

Prof. Vladimir Gligorov, Tel. 533 66 10 – 23, E-Mail: gligorov@wiiw.ac.at

Univ.Prof. Michael Landesmann, Tel 533 66 10 E-Mail: landesmann@wiiw.ac.at

Wirtschaftslage in den Reformländern 2006-2007 und wiiv-Prognose 2008-2010

	Brutto-Inlandsprodukt					Verbraucherpreise					Arbeitslosenquote					Leistungsbilanz				
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %					Veränderung gegen das Vorjahr in %					in %, Jahresdurchschnitt LFS ¹⁾					in % des BIP				
	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010	2006	2007	2008	2009	2010
	Prognose					Prognose					Prognose					Prognose				
Tschechische Republik	6,8	6,6	4,6	3,5	4	2,5	2,8	6	2,8	2,5	7,1	5,3	5	5,5	6,0	-2,6	-1,8	-2,5	-2,6	-2
Ungarn	4,1	1,1	1,3	-1	1	3,9	8,0	6,3	4,5	3,5	7,5	7,4	7,8	8,8	8,2	-7,5	-6,4	-5,8	-4,5	-4,9
Polen	6,2	6,7	5,4	3,8	4,5	1,0	2,5	4	3	2,6	13,8	9,6	9	9,5	9,5	-2,7	-3,8	-5	-5	-4,5
Slowakei	8,5	10,4	7	5	4	4,5	2,8	4,2	4	3,5	13,3	11,0	10	11	11	-7,0	-5,3	-6,3	-7	-7,8
Slowenien	5,9	6,8	4,7	3	3	2,5	3,6	6	4,5	4	6,0	4,9	5	6	6	-2,8	-4,8	-6,0	-5,5	-4,5
NMS-5 ²⁾³⁾	6,2	6,1	4,7	3,1	3,7	2,1	3,5	4,9	3,2	2,8	11,4	8,5	8,1	8,8	8,8	-3,8	-4,0	-4,7	-4,6	-4,3
Bulgarien	6,3	6,2	6	3	4	7,3	8,4	12	7	5	9,0	6,9	6	7	7	-17,8	-21,8	-23,0	-16,9	-16,0
Rumänien	7,9	6,0	8,0	3	4	6,6	4,8	8	6	5	7,3	6,4	6	7	7	-10,4	-14,0	-13,3	-9,9	-9,9
Estland	11,2	7,1	-2,0	-2	-1	4,4	6,6	11	7	6	5,9	4,7	5,5	7,5	8,5	-16,7	-18,1	-12,2	-9,9	-9,0
Lettland	12,2	10,3	-1,5	-3	-1	6,5	10,1	16	11	7	6,8	6,1	6,5	8	9	-22,5	-23,8	-13,8	-10,0	-9,1
Litauen	7,7	8,8	3,8	1	1,5	3,7	5,7	11	8	6	5,6	4,3	4,5	6	7	-10,6	-14,6	-13,6	-11,1	-10,4
NMS-10 ²⁾³⁾	6,7	6,3	5,0	2,7	3,5	3,2	4,3	6,3	4,4	3,6	10,0	7,7	7,3	8,2	8,2	-6,0	-7,1	-7,2	-6,3	-6,0
EU-15 ³⁾⁴⁾	2,9	2,7	1,1	-0,1	0,8	2,2	2,1	3,5	2,2	2,1	7,7	7,0	7,1	8,1	8,4	-0,1	0,1	-0,4	-0,1	-0,1
EU-27 ²⁾³⁾	3,3	3,1	1,4	0,2	1,1	2,3	2,4	3,9	2,4	2,2	8,2	7,1	7,0	7,8	8,1	-0,8	-0,7	-0,9	-0,7	-0,6
Kroatien	4,8	5,6	3,5	2,5	2	3,2	2,9	6,3	4	3,5	11,1	9,6	9,8	10,5	11	-7,9	-8,6	-10	-9	-8
Mazedonien	4,0	5,0	4	3	3	3,2	2,3	5	3	3	36,0	34,9	34	35	35	-0,9	-3,0	-9,0	-4,6	-4,2
Türkei	6,9	4,6	2,1	2,1	4,5	9,6	8,8	10,5	9,0	8	9,9	9,9	10,5	12	11	-6,1	-5,8	-6,1	-5,7	-5,8
Kandidatenländer ²⁾³⁾	6,7	4,7	2,2	2,1	4,3	9,0	8,3	10,1	8,5	7,6	10,8	10,7	11,3	13	12	-6,2	-5,9	-6,4	-6,0	-5,9
Albanien	5,5	6,0	5,8	4,1	6	2,4	2,9	4,1	2	3	13,8	13,5	13	12	11	-6,5	-10,5	-15,1	-10,3	-11,8
Bosnien und Herzegowina	6,9	6,8	5,2	3,0	4	6,2	1,5	7,6	2,5	2	31,1	29,0	23,4	26	27	-7,8	-12,6	-14,4	-12,0	-11,5
Montenegro	8,6	10,3	6	3	3	3,0	4,2	7	3	3	29,6	19,3	18	19	20	-24,7	-32,5	-28,6	-16,7	-12,5
Serbien	5,6	7,1	5	3	3	11,7	7,0	12	8	6	20,9	18,1	21	23	23	-10,1	-13,2	-16,9	-13,3	-13,5
Potentielle Kandidatenländer ²⁾³⁾	6,0	7,0	5,2	3,2	3,7	8,6	5,0	9,6	5,6	4,5	22,0	19,5	19,9	21	21	-9,7	-13,6	-16,6	-12,7	-12,7
Kasachstan	10,7	8,9	4	3	5	8,6	10,8	17	9,5	9	7,8	7,3	6,8	7,5	7	-2,5	-7,0	2,9	0,6	-0,7
Russland	7,4	8,1	7,0	5,2	6,1	9,7	9,1	15	15	10	7,2	6,1	5,8	5,5	5,5	9,5	5,9	6,3	0,9	0,0
Ukraine	7,3	7,6	4,5	0,5	2,5	9,1	12,8	23	14	10	6,8	6,4	6,6	7,5	7,5	-1,5	-3,8	-6,0	-7,2	-5,7
China ⁵⁾	11,1	11,9	9,5	8,8	9,5	1,5	4,8	6,0	4,0	4,0	4,1	4,0	4,3	4,5	4,3	9,4	11,5	9,0	8,0	7,6

*) NMS: Neue EU Mitgliedsstaaten

1) LFS - Labour-Force-Konzept. - 2) wiiv Schätzung. - 3) Leistungsbilanz einschließlich Intra-EU Transaktionen. - 4) Verbraucherpreise der Euro Zone (16 Länder inklusive Slowakei). - 5) Registrierte Arbeitslosenquote der Stadtbevölkerung, Jahresende.

Quelle: wiiv, November 2008; Eurostat; Prognosen: wiiv, Europäische Kommission für EU-15, EU-27 und Euro Zone (16 Länder).